

Qualität, Zirkularität und Design
in einem einzigartigen Erlebnis.

ken



Dieses Produkt kann Ihre Gesundheit schädigen und macht stark abhängig.

TALKTÄGLICH

Aargauer Finanzdirektor Markus Dieth zu Eigenmietwert-Forderungen: «Dann würden wir gegen die Verfassung handeln»

Im «TalkTäglich» diskutierte Regierungsrat Markus Dieth (Mitte) mit den Grossräten Adrian Schoop (FDP) und Michael Wacker (SP) über die Erhöhung des Eigenmietwerts.

Andreas Küng

09.12.2025, 18.54 Uhr



Finanzdirektor Markus Dieth hält im «TalkTäglich» an der Erhöhung des Eigenmietwerts fest.
Screenshot: Tele M1

Am 28. September beschloss das Schweizer Stimmvolk die Abschaffung des Eigenmietwerts. [Im Kanton Aargau unterstützten alle 197 Gemeinden dieses Vorhaben.](#) Bevor der Eigenmietwert allerdings im Jahr 2028 abgeschafft wird, soll er nochmals steigen. Dies stösst Adrian Schoop (FDP) und anderen Mitgliedern des Grossen Rats sauer auf: [In einem Postulat fordern sie den Verzicht auf die Erhöhung des Eigenmietwerts.](#)

Finanzdirektor Markus Dieth hingegen verteidigt das Vorgehen des Regierungsrats. Die Erhöhung des Eigenmietwerts auf 62 Prozent der Marktmiete sei gerichtlich angeordnet worden. Würde man dieser nicht folgen, würde man entgegen der Verfassung handeln.

Die Diskussion um die Erhöhung des Eigenmietwerts wurde durch die Neuschätzungen der Liegenschaften im Aargau intensiviert. [Nun sind viele Immobilien mehr wert.](#) Weil die Besitzer der betroffenen Liegenschaften mehr Vermögenssteuern zahlen müssen, folgte eine Einspracheplut. Insgesamt ergeben sich für den Kanton und die Gemeinden so zusätzliche Einnahmen von rund 190 Millionen Franken. Das Fass zum Überlaufen

gebracht hat laut Schoop, dass es beim Versand der Verfügungen zur Neuschätzung zu einer Datenpanne kam: Rund 6500 Dokumente enthielten falsche Adress- und Eigentümerangaben.

Im «TalkTäglich» trafen Dieth und Schoop mit ihren gegensätzlichen Haltungen nun aufeinander. SP-Grossrat Michael Wacker komplettierte die Runde.



Die Gäste im «Talktäglich» (v.l.n.r.): FDP-Grossrat Adrian Schoop, Finanzdirektor Markus Dieth und SP-Grossrat Michael Wacker zu Gast bei Adrian Remund.

Screenshot: Tele M1

Thema beschäftigt die Verwaltung intensiv

Zu Beginn herrscht unerwarteterweise Einigkeit zwischen Regierungsrat Markus Dieth und Adrian Schoop. Beide bestätigen, dass das Thema die Verwaltung momentan intensiv beschäftigt. Während der Finanzdirektor auf die von seinem Departement eingesetzte Taskforce verweist, spricht der Grossrat von einem «un glaublichen Bürokratieaufwand». Damit hat es sich mit der Einigkeit. Denn auf die Frage, was das Ziel des Postulats ist, gibt es bereits zwei unterschiedliche Antworten.

«Wir wollen, dass der Regierungsrat zu seinen Fehlern steht und dass alles sauber abläuft», fasst Schoop seine Forderung zusammen. Konkret soll die Exekutive nochmals zurück auf Feld 1, alles neu aufgleisen und bis dann sei der Eigenmietwert sowieso abgeschafft. Damit soll das erschütterte Vertrauen in die Bevölkerung wiederhergestellt werden. Mit einem solchen angestrebten Neustart würden die Unterstützer des Postulats nichts fordern, was dem Entscheid des Verwaltungsgerichts widerspreche, ist Schoop überzeugt.

Wacker: «Vorgehen könnte zum Rohrkrepiere werden»

Finanzdirektor Dieth interpretiert das Postulat anders: «Es verlangt, dass die Umsetzung des Gesetzes sistiert wird.» Eine solche Sistierung des Eigenmietwerts wäre nicht gesetzeskonform. Man könne nicht wieder zurück. Michael Wacker bläst in das gleiche Horn und warnt vor den ungewissen Folgen einer nicht-gesetzeskonformen Umsetzung: «Was macht das Verwaltungsgericht, wenn wir uns nicht an sein Urteil halten?» Ein solches Vorgehen könne zu einem Rohrkrepiere werden.

Für Wacker geht es allerdings sowieso primär um die Menschen. «Ein überwiegender Teil der Bevölkerung im Kanton Aargau wohnt zur Miete und ist deshalb von den Änderungen nicht betroffen.» Zudem hat er einen klaren Grund für das «Theater» rund um die Neuschätzungen der Liegenschaften identifiziert. «Die Schätzung wurde seit 1998 nicht mehr korrigiert.» Dementsprechend seien der Regierungsrat und die Verwaltung «aus der Übung».

Weiterlesen nach der Anzeige



Anzeige

Rezept des Tages - Kürbis-Apfel-Porridge: Perfekt für Frühstück oder schnelles Abendessen

Jetzt entdecken

Diesen Vorwurf lässt Regierungsrat Dieth nicht auf sich sitzen und verweist darauf, dass 95 Prozent aller Eigenheimbesitzer keine Einsprache eingelegt und die Verfügung akzeptiert haben. Das seien weniger als 1998.

Der ganze Talk zum Nachschauen:

Für Sie empfohlen